

Deutsche Justiz torpediert kurdische Friedensbemühungen

Remzi Kartal in Auslieferungshaft

Der kurdische Politiker Dr. Remzi Kartal ist auf Ersuchen der Türkei am 22. Januar 2005 in Nürnberg von der deutschen Polizei festgenommen worden. Er wollte dort an einer Kulturveranstaltung teilnehmen. Kartal droht jetzt die Auslieferung an die Türkei, wo er wegen seines gewaltfreien politischen Engagements für die Rechte der Kurden als "Terrorist" gesucht wird.

Remzi Kartal war ehemaliger Abgeordneter des türkischen Parlaments für die prokurdische Demokratiepartei DEP. Er lebt seit 1994 in Brüssel, weil in der Türkei durch das Verbot der DEP und der Verhaftung ihrer Abgeordneten keine Basis für eine legale politische Betätigung mehr vorhanden war. Seitdem setzt er in Europa seinen demokratischen Kampf in unterschiedlichen Institutionen, wie dem Kurdistan Nationalkongress und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Volkskongress Kurdistan KONGRA-GEL fort. Die kürzlich nach zehnjähriger Haft freigekommene ehemalige DEP-Abgeordnete Leyla Zana wurde wegen ihres Eintretens für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage mit dem Friedenspreis des Europaparlaments ausgezeichnet. Für das gleiche Engagement droht ihrem Kollegen Remzi Kartal jetzt die Auslieferung als angeblicher "Terrorist" an die Türkei.

Remzi Kartal ist in Belgien als Flüchtling anerkannt. Wenn sich deutsche Behörden über diesen Flüchtlingsstatus in einem Nachbarland hinwegsetzen, ist dies ein eklatanter Bruch internationalen Rechts. Gerade erst hat der Gerichtshof in Den Haag die Aus-

lieferung der in Holland lebenden Nuriye Kesbir mit der Begründung abgelehnt, ihr würden als bekannter kurdischer Politikerin in der Türkei Mißhandlung und Folter drohen. Dasselbe gilt für Remzi Kartal, wenn er an die Türkei ausgeliefert werden sollte.

Verschiedene Organisationen haben sich bereits mit Erklärungen an die Öffentlichkeit gewandt und die Inhaftierung des kurdischen Politikers scharf verurteilt. Der Kurdische Nationalkongress, zu dessen Gründungsmitgliedern Remzi Kartal gehört, beschrieb das Vorgehen der deutschen Behörden als Ausdruck einer anti-kurdischen Allianz zwischen Deutschland und der Türkei: „Wie die anderen ehemaligen kurdischen Abgeordneten auch, ist Remzi Kartal durch seine diplomatische und politische Identität bekannt geworden. Auch der KONGRA-GEL, dessen stellvertretender Vorsitzender Remzi Kartal ist, hat sich einer gerechten und friedlichen Lösung der kurdischen Frage verschrieben. Seit seiner Gründung arbeitet dieser für dieses Ziel.

Mit dem jetzigen Vorgehen erschwert die Bundesrepublik Deutschland eine demokratische Lösung der kurdischen Frage. Gleichzeitig schadet sie den Demokratisierungsbestrebungen in der Türkei und leistet der Folterpraxis, den Menschenrechtsverletzungen, sowie der Assimilations-, Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Türkei gegenüber den Kurden Vorschub. Deshalb bewerten wir die anti-kurdische Allianz zwischen der Türkei und Deutschland, deren

neustes Produkt die Festnahme von Remzi KARTAL ist, als ein Angriff gegen den demokratischen und legalen Kampf aller Kurden. Wir rufen deshalb das kurdische Volk, die demokratische Öffentlichkeit in Europa, sowie alle Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes dazu auf, gegen diese Festnahme zu protestieren und sich für die Freilassung von Remzi Kartal einzusetzen.“

Auch der Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM, äußerte sich in einer Presserklärung ähnlich: „Die Politik und die auf wirtschaftlichen Interessen basierende Haltung der EU Länder, die zu der Festnahme von Herrn Remzi Kartal geführt hat, wird seitens der Kurden auf Schärfste kritisiert und protestieren dagegen.

Die BRD muss endlich ihre Haltung und vor allem die Verbotspraktiken gegenüber 800.000 Kurden, die hier leben, grundlegend ändern. Wenn die EU und die BRD von der Türkei vor ihrem Beitritt eine Demokratisierung verlangen, müsste die BRD dies erst gegenüber den Kurdinnen und Kurden geltend machen. Wenn die Demokratie und die Menschenrechte im Vordergrund stehen, muss dies allen Menschen zuteil werden.“

Inzwischen haben zahlreiche Persönlichkeiten eine Unterschriftenaktion initiiert, in der von der Bundesregierung und der bayrischen Landesregierung gefordert wird, Remzi Kartal nicht an die Türkei auszuliefern und ihn umgehend freizulassen. Die Liste steht auf unserer Webseite zum Download bereit. (YK, KNK, ISKU)

„Wir geben der AKP Zeit bis Newroz“

Das Mitglied des Führungsrates des KONGRA GEL Murat Karayilan äußerte sich zu den Angriffen und Maßnahmen des Staates der letzten Tage. Karayilan nahm telefonisch an der Sendung Gündem von Roj TV teil und erklärte, man werde gegenüber dem Massaker an den fünf Jugendlichen in Sernex (?irnak) und der Verhaftung des stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA GEL, Remzi Kartal in Deutschland nicht schweigen. Karayilan sagte, der Vertreter des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan habe seit sieben Jahren den Weg der demokratischen Lösung gefördert, die Türkei dagegen habe auf diese Bemühungen nur mit Gewalt und Repression geantwortet. Die Grenze der Geduld sei nun erreicht. Damit die AKP und Erdo-

gan eine klare Meinung zu der kurdischen Frage äußern könnten, gäbe man ihnen Zeit bis Newroz. Wenn sie bis dahin keine Antwort gegeben hätten, werde man die jetzige defensive Verteidigung in jede Richtung ausweiten. Karayilan wies auch auf die Hinrichtung von Ugur Kaymaz, Feyzi Can und der fünf Jugendlichen in Sernex hin und sagte, man werde dies nicht akzeptieren. Karayilan warnte davor, die Geduld überzustrapazieren und sprach sein Beileid für die Ermordeten aus.

Karayilan verwies auf die Notwendigkeit der Entwicklung des demokratischen Kampfes. Wenn der Weg des demokratischen Kampfes verschlossen wird, beginnt eine Phase der Liquidierung und ein starker Widerstand dagegen.

Karayilan rief die kurdischen Jugendlichen auf, ihren Platz in den Reihen der Volksverteidigungskräfte einzunehmen.

Außerdem wies Karayilan darauf hin, dass einige Kreise versuchen, den kurdischen Befreiungskampf auch auf dem Feld der Diplomatie zu behindern. Man werde die Verhaftung des stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL Remzi Kartal in Deutschland nicht hinnehmen. Karayilan rief die KurdInnen in Europa auf, sich in den Parlamenten einzusetzen und forderte seine Freilassung in kürzester Zeit. Karayilan rief das kurdische Volk auf, bei der Demonstration in Straßburg am 12. Februar in Europa einen der Zeit entsprechenden politischen Volksaufstand zu beginnen. (DM, 26.1., ISKU)

Meldungen

Treffen mit Öcalan wieder verhindert

Die AnwältInnen von Abdullah Öcalan, Hatice Korkut, Dogan Erbas und Okan Yildiz wurden erneut daran gehindert, ihren Mandanten zu besuchen. Begründet wurde dies mit schlechtem Wetter. Die Bücher, Kleidung und Zeitungen wurden ebenfalls nicht angenommen. Yildiz sagte: "Bisher wurden die Sachen immer übergeben, auch das hat sich jetzt geändert." (DM, 26.1., ISKU)

Abschließende Entscheidung im Fall Öcalan im März

Der Sprecher des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes Paul Mohaney erklärte, dass mit größter Wahrscheinlichkeit in spätestens zwei Monaten im Fall Öcalan die abschließende Entscheidung fallen wird.

In der ersten Verhandlung war entschieden worden, dass die Verurteilung Öcalans nicht rechtmäßig war. Wenn das hohe Gericht diese Entscheidung bestätigt, könne eine erneute Verhandlung im Fall Öcalan auf die Tagesordnung kommen.

(RTV, 26.1., ISKU)

Urteil im Prozess wegen Jugendlager in Pforzheim

Nach fünf Verhandlungen in drei Monaten vor dem Landgericht in Karlsruhe wurde der Prozess gegen die Verantwortlichen eines Jugendlagers der Föderation Anatolischer Kultur-Vereine abgeschlossen; das Lager sei ein Ausbildungslager der DHKP-C gewesen. Gegen den Vorsitzenden der Föderation erging ein Urteil von 40 Tagen Haft; umgewandelt in Geldstrafe von 200 Euro. Gegen 30 im Lager festgenommene wurden ebenfalls Geldstrafen verhängt. Der Vorsitzende der Föderation bezeichnete den Prozess als Schlag gegen die Reise- und Meinungsfreiheit von Ausländern. Revision wurde angekündigt. (MHA, 26.1., ISKU)

Europol: Antrag auf Festnahme von 968 Kurden und Türken in Europa

Auf Antrag der Dienststelle Ankara der Europol (Europaweite Polizeiorganisation) sollen in Europa 968 Personen, meist Türken und Kurden, festgenommen und an die Türkei ausgeliefert werden. In der Aufstellung finden sich Mitglieder und Mitarbeiter von KONGRA-GEL, Dev Sol, MLKP sowie weitere Mitglieder der türkischen Linken und auch Mitglieder von islamischen türkischen Gruppen. Die Gesuchten sollen

Jugendliche nach schwerer Folter ermordet

Nach einer Erklärung von Frau Sartik, der Mutter einer der fünf Jugendlichen, die in Sirnax (Sirnak) hingerichtet wurden (siehe Nuce 189), sei ihre Tochter auf der Straße verhaftet worden und nach schwerer Folter in die Berge gebracht und dort ermordet worden. Sie sagte, dass ihre Tochter Sibel und deren FreundInnen keine Guerillas, sondern ZivilistInnen gewesen seien.

Die Jugendlichen seien auf der Straße festgenommen worden und in Sirnax fast eine Woche lang schwerer Folter ausgesetzt gewesen. Sartik sagte: "Meine Tochter Sibel und ihre vier FreundInnen wurden nach schwerer Folter von Soldaten auf die Berge gebracht und dort hingerichtet um es so aussehen zu lassen, als wären sie in einem Gefecht getötet worden. Auch die BewohnerInnen des Dorfes Toptepe, das nahe bei dem Ort der Geschehnisse liegt, erklärten, alle fünf Personen seien ZivilistInnen gewesen. Dazu erklärte Frau Sartik: "Die Aussagen der DorfbewohnerInnen, der Zeuginnen und auch die Bilder machen es offensichtlich, dass es sich bei diesen

Vorkommnissen um eine außergerichtliche Hinrichtung handelt, es ist der Beweis, dass die Erklärung des Gouverneurs, es handle sich um Terroristen, die bei einem Gefecht getötet wurden um eine Lüge handelt."

In diesem Zusammenhang erklärte auch das Leichenhaus, in dem die Leiche von Hamdullah Çinar, einem der Getöteten gewaschen wurde, dass auf seiner Brust Zigaretten ausgedrückt worden sind. Die Familien der fünf in Sirnax Getöteten konnten trotz aller Bemühungen den Autopsie- und den ballistischen Bericht nicht einsehen. Sie werden sich an das Gericht in Sêrt (Siirt) und den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wenden.

Der Vorsitzende der DEHAP von Sirnex, Izzet Belge erklärte, man habe sich aufgrund der Ereignisse mit zahlreichen Dorfbewohnern und anderen Personen getroffen, Ergebnis aller dieser Nachforschungen sei, dass es sich bei den Getöteten um ZivilistInnen handle. Belge benannte die Ermordung dieser fünf Personen sei als einen Angriff auf den Kampf um Demo-

kratie und Freiheit und sagte: "Fünf Personen werden unverehrt verhaftet und später getötet. Um dieses Massaker zu verschleiern bringen sie sie auf die Berge und sagen sie wären bei einem Gefecht getötet worden".

Reaktion der HPG

Die Volksverteidigungskräfte (HPG) führte im Gedenken an die fünf in Sirnax ermordeten Jugendlichen eine Aktion in Istanbul durch. Die HPG übernahm in einer schriftlichen Erklärung den Angriff auf die Elektronikfirma BEKO. In der Erklärung heißt es, die Metropolenkräfte der HPG hätten die Firma BEKO, die zur KOÇ Holding gehört angezündet. Mit dieser Aktion setze man sich für die Gefallenen ein. Die HPG erklärte, wenn diese Grausamkeiten andauerten, werde dies Einfluss auf das Leben in den Metropolen haben. "Wir werden auf jeden Angriff auf die Bevölkerung antworten. Unser Volk soll gegenüber dem Krieg wachsam sein und den Geist des Widerstandes zeigen."

(DM/RTV, 25.1., ISKU)

sich in Deutschland, Frankreich, Schweden, Belgien, Holland, Grossbritannien, Luxemburg und Spanien aufhalten. Der Antrag wurde Ende 2004 erlassen; die Festnahmen sollen bis Ende 2005 abgeschlossen werden. Türkische Polizisten sollen in diesem Zusammenhang zur Mitarbeit mit Interpol nach Europa geschickt werden. (MHA, 26.1., ISKU)

Zahlreiche Tote und Verletzte am Büro der KDP

In der Stadt Sengal kam es vor dem KDP-Büro zu einer Bombenexplosion. Nach Informationen von AugenzeugInnen wurde ein Lastwagen zum Explodieren gebracht. 30 Personen sollen getötet worden und zahlreiche weitere verletzt worden sein. Von offizieller Seite liegt noch keine Erklärungen vor.

(DM, 26.1., ISKU)

Gedenken an verschwundene DEHAPler

Die Führungsmitglieder der DEHAP in Silopi, Serdar Tanis und Ebubekir Deniz, sind seit dem 25. Januar 2001 verschwunden. An diesem Tag sind sie in das Büro der Gendarmerie von Silopi gebracht worden. Zum fünften Jahrestag ihres Verschwindens wurde ihnen an vielen Orten gedacht.

Die Mitglieder der DEHAP Jugend in Amed, Wan, Mêrdin, Sirnex, Riha, Batman, Istanbul, Ankara, Sêrt, Adana, Mêrsin und Iskenderum gaben jeweils vor einer großen Menschenmenge Presseerklärungen ab.

In Istanbul fand zum Gedenken an Serdar Tanis und Ebubekir Deniz eine Aktion am Galatasaray Gymnasium statt. In Ankara gaben Jugendliche eine Erklärung vor dem Justizministerium ab.

(DM, 25.1., ISKU)

Quellen:

DIHA	Dicle Nachrichtenagentur
MHA	Mesopotamische Nachrichtenagentur
YK	Yek-Kom
KNK	Kurdischer Nationalkongress
DM	Denge Mesopotamiya
AW	Azadiya Welat
RTV	Roj TV
jW	junge Welt

Brandenburg: Ankara diktiert Lehrpläne

Als einziges Bundesland behandelte Brandenburg seit 2002 im Geschichtsunterricht den türkischen Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges. Auf Druck der türkischen Regierung wurde die entsprechende Stelle im Lehrplan jetzt gestrichen.

Nach Informationen des Tagesspiegel hatte der türkische Generalkonsul Aydin Durusoy sich in einem Brief an Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) über die Benennung des Genozids im Lehrplan beschwert und dabei auf rassistische Übergriffe von Neonazis gegen Türken in Brandenburg hingewiesen. Nach einem Treffen zwischen Platzeck, Durusoy und dem parteilosen Bildungsminister Holger Rupperecht wurde nach einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ die Streichung eines Halbsatzes zum Armenier-Genozid verfügt. »Es gab leider eine Menge Völkermorde«, erklärte Platzeck am Dienstag abend. Es handele sich also um kein Einknicken vor der Türkei, sondern um die Einsicht, dass die Reduk-

tion auf ein Beispiel dem Thema nicht gerecht werde.

Jetzt droht eine zweihundert Seiten starke Handreichung für Geschichtslehrer ins Altpapier zu wandern. Die Studie sei abbestellt worden, dafür werde eine neue Leitlinie ausgearbeitet, in der der Themenkomplex an mehreren Beispielen erläutert werde, so der Sprecher des Kulturministeriums Thomas Hainz. Der Völkermord an den Armeniern solle darin natürlich nicht geleugnet werden. Die mit der SPD in Brandenburg koalierende CDU und die PDS fordern die Rückkehr des Themas in den Lehrplan. Der CDU wird es dabei wohl vor allem um Argumente gegen einen EU-Beitritt der Türkei gehen.

Die Türkei bestreitet bis heute den Völkermord, bei dem bis zu 1,5 Millionen christliche Armenier im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 und 1916 auf Geheiß der jungtürkischen Militärjunta ermordet wurden. Entsprechende Äußerungen stehen in der Türkei unter Strafe. Nach offizieller, auch auf der Homepage der türkischen Botschaft nachzulesender Deu-

tung hätten vielmehr die Armenier sich als Vaterlandsverräter mit dem russischen Kriegsgegner verbündet und Terrorakte gegen die türkische Armee unternommen. Damit hätten sie ihre »Umsiedlung« selbst zu verantworten. Die Hälfte der Armenier kam bei Pogromen in ihren Siedlungsorten um, die anderen wurden in Todeszügen in die mesopotamischen Wüsten deportiert, wo sie vor Hunger, Durst und Hitze starben. 1500 christliche Kirchen wurden zerstört. Deutsche Offiziere, die seit 1913 im Rahmen einer Militärmission die Türkei als Waffenbruder für den Weltkrieg aufzurüsten halfen, gehörten zu den Vordenkern, Planern und Gehilfen des Völkermordes. Erste Deportationspläne für die Armenier stammten von Colmar Freiherr von der Goltz, der seit 1883 als deutscher Militärausbilder im Osmanischen Reich tätig war. Zehntausende Armenier wurden als Zwangsarbeiter zum Bau der deutschen Bagdadbahn eingesetzt und anschließend mit allen Zügen deportiert.

(jW, 27.1., ISKU)

Keine Entscheidung zu Massaker in Amed

Die Verhandlung um das Massaker im E-Typ Gefängnis Amed im Jahr 1996, ging vor dem dritten Strafgericht weiter. Bei der Verhandlung kam es erneut zu keiner Entscheidung und die Verhandlung wurde vertagt. (1996 wurden politische Gefangene im E-Typ Gefängnis von Sicherheitskräften mit Holzlatten und Eisenstangen angegriffen, dabei wurden 10 Personen getötet und 23 verletzt.)

Bei der Verhandlung waren die 72 Angeklagten Sicherheitskräf-

te und ihre VerteidigerInnen nicht anwesend. Die AnwältInnen der Getöteten, M. Sezgin Tanrikulu, Meral Danis Besdas, Sabahattin Acar und Zulas Erdogan übergaben Bilder, die bei der Autopsie gemacht worden waren an das Gericht.

Der Anwalt Tanrikulu ergriff das Wort und sagte, dass der Fall inzwischen neun Jahre zurückliege und es immer noch nicht zu einer Beweisaufnahme gekommen sei. Das Gericht wiederum behauptete, auch die Gefange-

nen hätten Latten und Eisenstangen eingesetzt.

Im Anschluß sprach der Anwalt Sezgin Tanrikulu: "Die Behauptung, die Gefangenen hätten die Latten und Eisenstangen benutzt dienen nur zur Legitimation der Morde."

Die Gerichtskommission verschob das Verfahren, nachdem die AnwältInnen gesprochen hatten. Informationen über einen neuen Termin sind noch nicht bekannt.

(DM, AW, 26.1., ISKU)

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

**Informationsstelle Kurdistan
Schanzenstrasse 117
20357 Hamburg**

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
**Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506**

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.nadir.org/isku